

Risse im Netz

VON STEFAN KORNELIUS

Mühlen der Justiz mahlen bekanntlich langsam, die Mühlen des Rechtsstaats bewegen sich gemessen daran in schwer erträglichem Schnecken tempo. Ein Rechtsstaat ist jedenfalls schneller demontiert als aufgebaut, wie sich momentan in Europa ganz speziell in Ungarn, Malta oder Polen betrachten lässt. Es sind deshalb jene drei Staaten, die neben Rumänien und Bulgarien die besondere Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission genießen.

Wie angreifbar Demokratien, Rechtsstaat und damit die Idee der EU als einer auf dem Recht gebauten Gemeinschaft sind, das erlebt Europa seit vielen Jahren. Von außen aber auch von innen ist die EU einer beständigen Delegitimierung ausgesetzt. Wenn das Netz aus Verträgen, Verabredungen und Verordnungen erst einmal gerissen ist, dann kann auch die Union schnell zerbrechen.

Der erste Rechtsstaatsbericht der Kommission ist deshalb eine wichtige Errungenschaft, die nicht als bürokratische Fleißarbeit abgetan werden sollte. Er benennt in klarer und selbstbewusster Sprache die Defizite in den Mitgliedsstaaten – aber vor allem beschreibt er auch das dichte Überwachungs- und Auffangnetz, das die EU zur Bewahrung ihres Charakters als Union der Rechtsstaaten aufgespannt hat. An Geld und Aufmerksamkeit kann es jedenfalls nicht mangeln, wenn ein Mitglied die Unabhängigkeit seiner Gerichte stärken, die Korruption bekämpfen oder die demokratischen Werkzeuge schärfen will. Oft genug reicht es ja aus, dass ein Missstand angeprangert wird, um ihn zu beseitigen.

Freilich steht das erzieherische Wohlwollen der europäischen Institutionen im unschönen Gegensatz zu den Regelbrechern, die nicht nur Kommissionsberichte ignorieren, sondern auch aktiv

und aggressiv gegen Brüssel zu Felde ziehen. Ungarns Premier Viktor Orbán wird sich in dieser Woche mal wieder als Sieger fühlen, nachdem er die zuständige Kommissarin abgefertigt und einen Scheinerfolg für sein erpresserisches Junktim eingefahren hat: Zustimmung zu Corona-Hilfen nur, wenn der europäische Rechtsstaatsmechanismus nicht mit dem Haushalt verbunden wird. Geld und Recht haben nach seiner Lesart nichts miteinander zu tun.

Die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit geschieht nun mühsam, Bericht um Bericht

Das ist natürlich absurd, und dennoch hat die deutsche Ratspräsidentschaft in ohnmäßigem Pragmatismus einen windelweichen Kompromiss vorgelegt, der eine Bestrafung nur bei Missbrauch von EU-Geldern vorsieht, und auch nur, wenn etwa zwei Drittel der Mitglieder dem zustimmen. Das klingt nach wenig. Allerdings: Solange Orbán die EU in Geiselschaft hält und mit dem Corona-Veto wedelt, bleibt nur der berühmte Fuß in der Tür. Doch wer weiß: Gerade beim Thema Missbrauch von EU-Geldern ist die ungarische Regierung angezählt. Aus einem vermeintlich kleinen Hebel könnte eine große Kraft erwachsen.

Wenn sich im EU-Parlament nun Empörung über die vermeintliche Zahnlosigkeit des Rats und der deutschen Präsidentschaft regt, dann ist das wohlfeil. Ja, Ungarn, Polen und mehr noch Malta missbrauchen die Gemeinschaft und ihr Geld. Aber die Verträge sind in dieser Hinsicht unfertig, Europa hat es versäumt, sich einen ultimativen Hebel zur Verteidigung seiner eigenen Rechtsstaatlichkeit zuzulegen. Dies geschieht nun durch die Hintertür, mühsam, Bericht um Bericht, und vielleicht auch mit ein paar Sanktionen.

Defizite bei Rechtsstaatlichkeit

EU legt erstmals Berichte über Mitgliedstaaten vor

Brüssel – Die EU-Kommission hat in einigen Mitgliedstaaten bei der Rechtsstaatlichkeit Defizite ausgemacht. Sie legte erstmals Berichte für alle 27 EU-Staaten vor, in denen neben Justizsystem und Korruptionsbekämpfung auch Medienpluralismus untersucht werden. In Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Slowakei werde die Unabhängigkeit der Justiz unterwandert. Probleme mit Korruption attestiert die Kommission daneben auch Malta. Mit Sorge sieht Kommissarin Vera Jourová, wie unabhängige Medien in Ungarn eingeschüchtert werden. Rechtsstaatlichkeit ist auch zentral in den Verhandlungen für den EU-Haushalt und das Corona-Wiederaufbaupaket. Trotz Drohungen aus Polen und Ungarn brachte eine Mehrheit der EU-Staaten ein Verfahren zur Bestrafung von Verstößen gegen das Prinzip auf den Weg. **MATI** ▶ **Seiten 4, 6 und Wirtschaft**

Brüssel – Kaum jemand ist so gut geeignet, über die Wichtigkeit von unabhängigen Gerichten und freien Medien zu sprechen, wie Věra Jourová. Das liegt nicht daran, dass sie in der EU-Kommission für Werte und Transparenz zuständig ist, sondern an ihrem Mut und ihrer Biografie. „Ich bin einem autoritären Regime ohne Rechtsstaatlichkeit aufgewachsen“, sagt die Tschechin bei der Vorstellung des ersten Rechtsstaatsberichts der Kommission. Gleichheit vor dem Gesetz sei „eine Illusion“ gewesen und für eine andere Perspektive als die Propaganda der Regierung „mussten wir Radio Free Europe hören“.

Dies ist die einzige Bemerkung Jourovás, die sich als Seitenhieb in Richtung des Manns interpretieren lässt, der zwei Tage zuvor von Kommissionschefin Ursula von Leyen per Brief ihre Ablösung gefordert hatte. Im Ungarn von Viktor Orbán ist seit September wieder das vom US-Kongress finanzierte „Radio Free Europe“ zu empfangen, weil dort der Bedarf nach „vertrauenswürdigen, unparteiischen“ Nachrichten so groß sei. Zu Orbáns Schreiben habe sie „keinen Kommentar“, sagt Jourová und betont, die vorliegenden Berichte seien ein Angebot zum Dialog mit den Mitgliedern.

In Spanien sei die Unabhängigkeit der Generalstaatsanwaltschaft beeinträchtigt, so die Kommission

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte den „Rechtsstaat-Tiv“ im Juli 2019 vorgeschlagen, um die Debatte zu versachlichen und künftig jedes Jahr für alle 27 EU-Mitglieder ein umfassendes Bild zu zeichnen. Gerade Polen und Ungarn, gegen die seit 2017 und 2018 sogenannte Artikel-7-Verfahren wegen des Verstoßes gegen grundlegende Werte der EU laufen, klagen seit Jahren über Doppelstandards und angebliche Stereotype gegenüber Osteuropa. Doch Kritik findet sich überall: Über Spanien schreibt die Kommission, dass die Unabhängigkeit der Generalstaatsanwaltschaft beeinträchtigt sei, sich das Oberste Richtergremium in einer Glaubwürdigkeitskrise befinde. Insofern hat Justizkommissar Didier Reynders recht, wenn er sagt, dass die Berichte eigentlich nichts Neues enthielten, sondern nach langen Konsultationen mit Regierungen und der Zivilgesellschaft die Lage dokumentierten.

In welchen Bereichen die EU-Kommission Defizite sieht, überrascht wenig: Eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz sieht sie nicht nur in Polen und Ungarn, sondern auch in Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Slowakei. Probleme mit wirksamer Korruptionsbekämpfung existieren demnach in Bulgarien, Kroatien und der Slowakei. Große Widerstände bei der strafrechtlichen Verfolgung von Korruptionsfällen gibt es in Malta und Tschechien, wo Premier Andrej Babiš die Veruntreuung von EU-Geldern vorgeworfen wird.

Im Bericht über Ungarn heißt es, dort gebe es einen „beständigen Mangel an Entschlossenheit“, Ermittlungen aufzunehmen und Prozesse zu beginnen, wenn Vorwürfe gegen hochrangige Politiker oder de-

Die Mängelliste

Die EU-Kommission stellt ihren Bericht zur Rechtsstaatlichkeit vor: nicht nur die ungarische Regierung, auch andere Staaten müssen K



Die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, bei der Vorstellung des Rechtsstaatsberichts

EU kritisiert Weisungsbefugnis der Landesju

Deutschland schneidet im Bericht zur Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Kommission in vielerlei Hinsicht gut ab. Sowohl das Justizsystem als auch die Pressefreiheit und die Korruptionsbekämpfung befänden sich in einem guten Zustand. Trotzdem gibt es Kritikpunkte. Einer der wohl größten: Landesjustizminister können Staatsanwälten Weisungen erteilen. Das hatte Vizepräsidentin Věra Jourová bereits vor der Veröffentlichung am Mittwoch kritisiert. Immerhin sei das ein Schwachpunkt, der im Ernstfall politische Einflussnahme ermögliche.

Das deutsche Justizsystem sei insgesamt betrachtet trotzdem gut aufgestellt und effizient, wenn es auch einige Hinweise dar-

auf gebe, dass dessen Gesamtleistung abnehme. Das führt die Kommission auch auf die hohe Arbeitsauslastung insbesondere der Verwaltungsgerichte in Deutschland zurück. Die Leistungsfähigkeit der Justiz ließe sich etwa durch das Vorantreiben der Digitalisierung ausbauen. Sorgen bereite Interessensvertretern in Deutschland auch die Nachwuchssicherung angesichts der weniger attraktiven Einstiegsgehälter von Juristen im öffentlichen Dienst.

Um Pressefreiheit, Medienvielfalt und Transparenz ist es in Deutschland laut dem Länderbericht gut bestellt. Der Schutz vor politischer Einflussnahme auf die Berichterstattung sei gegeben, Eigentumsstruktu-

ren von Medienbetreibern nicht geschützt werden können. Die Kommission fordert, dass die Medien unter anderem durch die Förderung von unabhängigen Medien ausgebaut werden. Die jüngst gestiegene Medienkonzentration ist ein Problem. Der gesetzlich vorgeschriebene Medienpluralismus ist im Karbonatmarkt nicht gegeben. Der Bericht enthält auch Empfehlungen für die Mitgliedstaaten, die die Registrierung von Medienbetreibern auch zur Bekämpfung von Desinformation einleiten sollten.

Die Mängelliste

sion stellt ihren Bericht zur Rechtsstaatlichkeit vor: Sie rügt dabei bulgarische Regierung, auch andere Staaten müssen Kritik einstecken



...te und Transparenz, Věra Jourová, bei der Vorstellung des Rechtsstaatsberichts. FOTO: AFP

European Commission
Commission européenne

Weisungsbefugnis der Landesjustizminister

bericht zur
chen Kom-
ab. Sowohl
sselfreiheit
befänden
zdem gibt
rsten: Lan-
sanwälten
präsidien-
eröffentli-
merhin sei
stfall poli-

auf gebe, dass dessen Gesamtleistung abnehme. Das führt die Kommission auch auf die hohe Arbeitsauslastung insbesondere der Verwaltungsgerichte in Deutschland zurück. Die Leistungsfähigkeit der Justiz ließe sich etwa durch das Vorantreiben der Digitalisierung ausbauen. Sorgen bereite Interessensvertretern in Deutschland auch die Nachwuchssicherung angesichts der weniger attraktiven Einstiegsgehälter von Juristen im öffentlichen Dienst.

Um Pressefreiheit, Medienvielfalt und Transparenz ist es in Deutschland laut dem Länderbericht gut bestellt. Der Schutz vor politischer Einflussnahme auf die Berichterstattung sei gegeben, Eigentumsstruktu-

ren von Medienhäusern müssten offengelegt werden und Journalisten könnten ihren Job unter sicheren Rahmenbedingungen ausüben. Allerdings beobachte man die jüngst gestiegene Zahl von Übergriffen auf Medienvertreter, etwa am Rande von Demonstrationen, mit großer Sorge.

Der gesetzliche und institutionelle Rahmen im Kampf gegen Korruption ist laut dem Bericht weitestgehend vorhanden. Es fehlten aber Transparenzrichtlinien für Lobbyarbeit. Zwar werde über eine verpflichtende Registrierung von Kontakten nicht nur zu Mitgliedern des Bundestags, sondern auch zur Bundesregierung diskutiert, noch gebe es sie aber nicht. JULIA BERGMANN

ren Umfeld bekannt würden. Laut dem Magazin *Forbes* heißt Ungarns reichster Mann Lőrinc Mészáros – Orbáns Schulfreund.

Klar beschrieben wird auch die Lage der Journalisten, und wieder attestiert die EU Ungarn eklatante Mängel. Die Medienvielfalt sei einem hohen Risiko ausgesetzt und unabhängige Medien würden „systematisch behindert und eingeschüchtert“. Weil es an Transparenz und entsprechenden Gesetzen fehle, könne der Staat „beträchtliche Summen“ für Werbung in regierungsnahen Medien platzieren, wodurch indirekt „politischer Einfluss“ ausgeübt werden könne. Das System Orbán, es ist auf 25 Seiten gut beschrieben. Und an einem lässt Dider Reynders keine Zweifel: „Dieser Bericht stellt die Einschätzung der Kommission dar.“

Die Dokumente könnten künftig genutzt werden, um die Vergabe von EU-Mitteln einzuschränken

Wie Jourová spricht er von einer „präventiven Maßnahme“, um Fehlentwicklungen zu erkennen und einer guten Ergänzung im „Werkzeugkasten“ der EU, der sich bisher als wenig wirksam erwiesen hat. Das Artikel-7-Verfahren steckt fest, weil zu einer Verurteilung quasi Einstimmigkeit nötig ist. Doch jener Dialog unter den Mitgliedstaaten, den neben den Kommissaren auch Staatsminister Michael Roth (SPD) beschwört, hat zumindest in Warschau und Budapest nicht zum Umdenken geführt. Und jene Menschen, die in Bulgarien, dem laut Transparency International korruptesten EU-Land, seit Monaten gegen die Regierung protestieren, erhalten aus Brüssel nur wenig Unterstützung.

Im Europaparlament kommt der Bericht recht gut an. „Der faktenbasierte Ansatz der Kommission ist richtig“, findet Daniel Caspary, der Chef der CDU/CSU-Gruppe, die weiterhin mit den Abgeordneten von Orbáns Fidesz-Partei in der Fraktion der Europäischen Volkspartei sitzt. Er fordert, dass die Mitgliedstaaten nun die Ergebnisse analysieren und „mögliche Defizite strukturell beheben“. Deutlich kritischer und ernüchternd äußern sich die Grünen. „Mit fortschreitender Bedrohung von Demokratie und Grundrechten müssen auf den Bericht endlich Taten folgen und weitere Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden“, fordert etwa Terry Reintke. Für sie zeige besonders der polnische Fall, wie dringend es sei, zu handeln.

Katarina Barley (SPD) freut sich, dass „das Narrativ von Orbán und Co gebrochen“ werde, „zu Unrecht an den Pranger gestellt zu werden“. Die ehemalige Bundesjustizministerin hofft, dass die Berichte die Position des Parlaments stärken, in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über den EU-Haushalt für 2021 bis 2027 und das Corona-Aufbaupaket die Vergabe von Geldern wirksam an die Einhaltung von Grundwerten zu knüpfen. Genau dies wollen Polen und Ungarn jedoch verhindern. Die nun vorliegenden Dokumente der Kommission könnten künftig auch genutzt werden, um die Vergabe von EU-Mitteln einzuschränken. Offen ist nur, ob dies durchgesetzt werden kann. » Seite 4